

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

*FDP-Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881480
Telefax: 0431/9881495
E-Mail: heiner.garg@fdp.ltsh.de
Internet: www.fdp-sh.de*

10.06.2009

Betr.: Ihre E-Mail vom 7. Juni zum Thema CCS

Sehr geehrte Frau Hübner,
sehr geehrter Herr Hübner!

Haben Sie vielen Dank für ihre Email vom 6. Juni an Herrn Wolfgang Kubicki, in der Sie Ihn um eine Stellungnahme zur CO₂-Abscheidung und Speicherung baten.

Als zuständiger energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion werde ich Ihre Fragen gerne beantworten.

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass der Ausstoß von Treibhausgasen gesenkt und gleichzeitig der Anteil der Erneuerbaren Energien gesteigert werden muss. Ich bin der Auffassung, dass dieses Ziel nur mit einem vernünftigen Energiemix zu erreichen ist, zumindest so lange, bis wir 100% unseres benötigten Stroms aus regenerativen Energiequellen speisen können. In diesem Energiemix kann die Kohlekraft dann eine Rolle spielen, wenn es gelingt, die Abspaltung und die unterirdische Lagerung von Kohlendioxid als Übergangslösung zu ermöglichen. Gelingt die Nutzung von CCS, könnte sie einen deutlichen Klimaschutzbeitrag erbringen und damit gleichzeitig ein ganz erheblicher Baustein auf dem Weg zum Ausstieg aus der Atomenergie sein.

Dazu müssen zunächst einmal die geophysikalischen Gegebenheiten für die Einlagerung von CO₂ im Erdreich untersucht werden. Allerdings muss dieser Prozess sehr transparent erfolgen. Die berechtigten Ängste der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht ignoriert werden und hier ist nicht zuletzt die Politik gefragt, durch die nötige Information einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen.

Das vom Deutschen Bundestag im April eingebrachte und vom Bundesrat mit einer umfassenden Stellungnahme versehene CCS-Gesetz kann diesen Konsens aus meiner Sicht nicht herstellen. Große Schwachstellen des Gesetzes sind die faktische Enteignung der Grundbesitzer und die Übertragung der Haftung weg vom Bundesland der CO₂-Erzeugung hin zum Bundesland der Lagerung. Diese beiden Aspekte sollten aus meiner Sicht noch einmal kritisch hinterfragt werden. Zudem ist es inakzeptabel, dass Schleswig-Holstein zu einem Endlager von im Ruhrgebiet produziertem CO₂ wird, dafür die möglichen Risiken dauerhaft übernimmt und keinerlei Kompensation erhält. Von daher kann ich auch nicht verstehen dass die Schleswig-Holsteinische Landesregierung bereits am 15. Mai 2009 erklärt hat, dass sie dem Gesetz im Bundesrat zustimmen wird.

Die FDP-Fraktion wird die Diskussion um die CO₂-Abtrennung und Speicherung weiterhin begleiten und die nötige Transparenz seitens der Landesregierung einfordern. Zuletzt hat mein Fraktionskollege Günther Hildebrand, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion, am 2. Juni eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, die Sie in der Anlage finden. Wenn eine Beantwortung seitens der Landesregierung vorliegt, stellen wir Ihnen diese selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Ich hoffe, ich habe Ihre Fragen beantworten können und verbleibe

mit freundlichen Grüßen